

# Bericht

des

Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten

über

die Vorlage der Staatsregierung (Nr. 291 der Beilagen), betreffend den  
Gesetzentwurf über die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen  
Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. Dezember 1919.

Die wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern werden nach § 6 des Gesetzes vom 28. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 85, auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Nach Ablauf von drei Jahren scheidet am 31. Dezember die Hälfte der Mitglieder nach der Reihenfolge ihres Dienstalters aus und wird durch Neuwahlen ersetzt.

Als im Jahre 1914 solche Ergänzungswahlen hätten stattfinden sollen, wegen der Kriegszeit aber nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden konnten, wurde, um die weitere Tätigkeit der Kammern nicht in Frage zu stellen und ihre vollzählige Zusammensetzung zu ermöglichen, die Funktionsdauer jener Mitglieder, deren Mandate am 31. Dezember 1914 erloschen wären, jeweils mit Kaiserlicher Verordnung auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, um ein Jahr verlängert.

Am Ende des Jahres 1917 erloschen die Mandate sämtlicher im Jahre 1911 auf sechs Jahre gewählten Mitglieder der Kammern. Aus denselben Gründen wurde damals die Funktionsdauer aller wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern mit dem Gesetze vom 30. Dezember 1917, R. G. Bl. Nr. 2 ex 1918, bis 31. Dezember 1918 verlängert.

Da infolge der Fortdauer des Krieges auch weiterhin Wahlen in die Handels- und Gewerbekammern weder vorbereitet noch durchgeführt werden konnten, war eine Verlängerung der Funktionsdauer sämtlicher Kammermitglieder auch über den 31. Dezember 1918 hinaus noch notwendig. Aus diesem Grunde übermittelte das frühere Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel der Staatskanzlei einen Gesetzentwurf, welcher die abermalige Verlängerung der Mandatsdauer der wirklichen Kammermitglieder bis 31. Dezember 1919 beinhaltete, zur Vorlage an die Provisorische Nationalversammlung.

Das von der Provisorischen Nationalversammlung beschlossene Gesetz vom 19. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 133, verlängerte die Funktionsdauer der Handelskammermandate aber nur bis 30. Juni 1919. In einer gleichzeitig gefaßten Resolution wurde das Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel aufgefordert, möglichst rasch der Provisorischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Handels- und Gewerbekammern Deutschösterreichs in einem durchaus modernen Sinne und auf breiter demokratischer Grundlage, welche die weitestgehende und paritätische Vertretung der drei in diesen Körperschaften vereinigten Berufsgruppen (Gewerbe, Handel und Industrie) gewährleistet, vorzulegen.

In dieser Resolution wurde auch eine demokratische Erweiterung des Kammerwahlrechts verlangt.



Tatsache ist nun, daß dieses Gesetz weder der Provisorischen noch der Konstituierenden Nationalversammlung vorgelegt wurde, und zwar wurde seitens der Regierung geltend gemacht, daß auch andere Abänderungen des Handelskammergesetzes sich als notwendig erwiesen hätten, deren Ausarbeitung Zeit verlange.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird zwar dem Gesetzentwurf über eine Verlängerung der Funktionsdauer der Handels- und Gewerbekammer bis 31. Dezember 1919 zugestimmt, aber gleichzeitig in einem Resolutionsantrage der Abgeordneten Heisl und Dr. Wutte das eindringliche Verlangen gestellt, den Gesetzentwurf über die Reform der Handels- und Gewerbekammern raschestens, und zwar längstens bis 30. September 1919 der Nationalversammlung vorzulegen.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten stellt dahin den Antrag:

1 / 2 „Die Nationalversammlung wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen und die beigebrückte Entschließung annehmen.“

Wien, 29. Juli 1919.

Schwiswohl,  
Obmann.

Heisl,  
Berichterstatter.



/1

# Gesetz

vom . . . . . 1919,

betreffend

die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder  
der Handels- und Gewerbekammern bis 31. Dezember 1919.

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

## Artikel 1.

Die Funktionsdauer derjenigen wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern im deutschösterreichischen Staatsgebiete, deren Mandate durch das Gesetz vom 19. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 133, bis 30. Juni 1919 erstreckt wurden, wird bis 31. Dezember 1919 verlängert.

## Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am 30. Juni 1919 in Kraft.

Mit seinem Vollzuge ist der Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten betraut.



· / 2

## Entschließung.

„Die Regierung wird aufgefordert, den im Staatsamte bereits fertiggestellten Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung der Handels- und Gewerbekammern bis längstens 30. September l. J. in Vorlage zu bringen.“